

30.000 abgeschobene Asylanten sind wieder in Deutschland

Insgesamt sind 28.283 Asylbewerber, die seit 2012 eingereist sind und einen Antrag gestellt haben, dann aber abgeschoben worden oder ausgereist sind, inzwischen wieder hier – und haben mindestens einen weiteren Antrag gestellt. Die Mehrzahl von ihnen, nämlich 22.050, ist „erst“ einmal wieder eingereist, befindet sich also im zweiten Anlauf.

Zum Stichtag 30. Oktober lebten 4.916 Asylbewerber im Land, die seit 2012 schon mehrfach eingereist waren, dann jeweils abgeschoben wurden oder freiwillig ausreisen und inzwischen wieder eingereist sind und ihren dritten Antrag gestellt haben. Bei 1.023 der aktuell im Land lebenden Asylbewerber ist es bereits der vierte Anlauf. Einige hier lebende Asylbewerber, nämlich 294, sind sogar schon bei fünf oder mehr Versuchen angelangt. Damit zeigt sich deutlich, dass die bisherige Abschiebepaxis nicht effektiv ist und die erneute Einreise in unser Land ein leichtes ist.



Das Sparprogramm beim Autobauer Daimler wird in den kommenden drei Jahren weltweit 10.000 Arbeitsplätze kosten. Das gab der Konzern am Freitag in Stuttgart bekannt - nannte aber keine genaue Zahl. Vor allem will Daimler freiwerdende Stellen nicht nachbesetzen, dazu sollen die Altersteilzeit ausgeweitet und Mitarbeitern in der Verwaltung in Deutschland Abfindungen angeboten werden. Betriebsbedingte Kündigungen sind an den deutschen Standorten bis Ende 2029 ausgeschlossen - dabei bleibt es.

Zahl der insolventen Großunternehmen steigt

Die Zahl der Insolvenzen von großen Unternehmen in Deutschland ist in diesem Jahr deutlich gestiegen.

Die Kreditversicherung Euler Hermes zählte in den ersten 9 Monaten dieses Jahres 27 Insolvenzen von Firmen mit mehr als 50 Millionen Euro Umsatz – das sei ein Anstieg um 42 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Betroffen waren unter anderem das Windanlagenunternehmen Senvion, der Autozulieferer Eisenmann sowie die Modefirma Gerry Weber. Im vierten Quartal komme noch Thomas Cook hinzu. Euler Hermes betonte, das Dramatische an solch großen Insolvenzen sei der Dominoeffekt in der gesamten Lieferkette. Damit ziehen größere Unternehmen zahlreiche Kleinunternehmen mit in einen wirtschaftlichen Strudel, der oft an die Substanz der Unternehmen geht.

Deutschland vor Neuwahlen?

Die SPD hat sich für einen Linksruck entschieden. Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken, die eindeutig dem linken Lager zuzuordnen sind und die keinen Hehl daraus machen, dass sie keinen Wert auf eine Fortsetzung der Regierungskoalition mit CDU und CSU legen, sollen SPD-Vorsitzende werden. So haben es die Mitglieder in einer Urwahl entschieden. Alle, die in der SPD bislang noch etwas zu sagen haben, sind darüber düpiert.

Die gesamte Politprominenz hatte sich vor der Wahl klar für Olaf Scholz und die brandenburgische Landespolitikerin Klara Geywitz ausgesprochen. Kein Wunder. Schließlich hatten die beiden versprochen, die Merkel-Regierung mit der Union bis zum

Herbst 2021 fortsetzen zu wollen. Damit wird es für die CDU/CSU zunehmend schwerer die Koalition zu halten.

Die beiden Sozis sind der Überzeugung, dass die SPD nur deswegen so schlecht dasteht, weil sie sich zu weit in die politische Mitte bewegt hat. Die zukünftigen SPD-Vorsitzenden wollen zurück zu den sozialistischen Wurzeln und mit einem radikalen politischen Kurswechsel einen Neuanfang einläuten. Offenbar erhoffen sie sich so aus dem Umfragetief zu bewegen.

Zwar könnte es sein, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel versuchen würde, zumindest für die Dauer der deutschen EU-Ratspräsidentschaft mit einer

Minderheitsregierung ein gewisses Maß an Stabilität in der Rumpfkoalition zu wahren. Aber danach würde unweigerlich das Ende folgen kommen.

Von Neuwahlen würden am meisten die Grünen profitieren, zumindest wenn man die derzeitigen Umfragewerte zugrunde legt. Ihnen wird nicht nur ein Ergebnis vor der SPD zugetraut, sondern noch deutlich mehr. Denkbar ist, dass sich die SPD in den nächsten Wochen und Monaten in einem parteiinternen Richtungskampf dermaßen zerstreiten und zerlegen werden, dass sich noch mehr Wähler abwenden und die Partei am Ende im politischen Nirwana verschwinden wird. Möglich ist bei der SPD inzwischen alles.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Klimapaket im Bundesrat gestoppt

Der Kampf gegen CO2 vertieft die sozialen Gräben, während weiter Kundgebungen abgehalten werden, die ein verschärftes Vorgehen gegen angebliche "CO2-Sünder" fordern. Der Bundesrat hatte jetzt wichtige Teile des Klimapakets der Bundesregierung vorerst gestoppt. Wegen des zustimmungspflichtigen Gesetzes zu den steuerlichen Neuregelungen, zu denen die Pendlerpauschale und die Steuerermäßigung auf Bahntickets gehören, rief die Länderkammer den Vermittlungsausschuss an. Die Länder fordern eine andere Verteilung der finanziellen Lasten, die sich aus dem Klimapaket ergeben.

Asylbewerber überwiegend im Niedriglohnsektor tätig

Der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Hans-Eckhard Sommer, hat davor gewarnt, dass Asylbewerber in Deutschland dauerhaft in Armut leben könnten. Damit fallen sie letztendlich auch dem Sozialstaat zur Last. Überwiegend befinden sich diese im Niedriglohnsektor, wenn sie denn arbeiten.

"Das kann nicht gut für die Gesellschaft sein, wenn die Menschen dauerhaft in Deutschland bleiben sollen", sagte Sommer. Schließlich drohe die Gefahr, dass die Menschen in prekären Verhältnissen bleiben und später in Altersarmut gelangen. Damit wird an dieser Stelle auch wieder belegt, was den Menschen in unserem Land gebetmühlenartig vorgetragen wurde. Weder war und ist die Massenzuwanderung notwendig, um das Rentensystem zu retten, noch stützt die Masse unseren Sozialstaat. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall, was auch die aktuellen Zahlen der Hartz IV- Bezieher aufzeigt, unter denen sich überdurchschnittlich viele Migranten befinden.

Linksextremisten bei „Fridays for Future“ Demos

Bereits in der Vergangenheit haben wir darüber berichtet, dass sich besonders Gruppen aus dem linksextremen Lager vermehrt auf Kundgebungen von „Fridays for Future“ finden lassen. Um Sympathien werben jetzt auch die Kapitalismus-Hasser der MLPD. Seit Jahren beobachtet der Verfassungsschutz die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD). Die Splittergruppe bekennt sich zu den Thesen von Marx, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung. Ihr Ziel ist die Errichtung einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.

Während der Klima-Streiks - an diesem Freitag waren bundesweit wieder 630.000 Menschen unterwegs - schwenken die Marxisten regelmäßig Fahnen mit dem Parteilogo und verteilen Flyer an Schüler, was laut zwei aktuellen Gerichtsentscheidungen sogar legitim ist.

Doch die Aktivitäten der Klassenkämpfer gehen noch viel weiter: „Rebell“ betreibt die offizielle Ortsgruppe von „Fridays for Future“ in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) – und zieht damit Jugendliche an, die sich zwar für die Umwelt einsetzen, aber mit politischem Extremismus nichts am Hut haben.

Damit bewahrheiten sich die Befürchtungen der Sicherheitsbehörden, Linksextremisten könnten die aktuelle Klimadebatte für ihre Zwecke instrumentalisieren. Erst kürzlich warnte der Verfassungsschutz vor Gewaltaktionen unter dem Deckmantel des Umweltschutzes.

Umweltschritte in Düsseldorf bleiben weiter erhalten

Seit einigen Monaten herrscht in Düsseldorf das Verkehrschaos. Rot-rot-grün hatte Umweltschritte beschlossen, um ein angebliches Dieselfahrverbot zu verhindern. Hiergegen hatten sich DIE REPUBLIKANER bereits frühzeitig positioniert. Bei der Stadtratsabstimmung fehlte jedoch eine Stimme, um die Abschaffung der Umweltschritte durchzusetzen. Während unsere Partei natürlich für die Abschaffung sprach und stimmte, war der Antrag durch die Stimme des Oberbürgermeisters ohne Mehrheit.

Jetzt Republikaner werden



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrhythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.